

**Annoncen.**  
**Aufnahme-Bureaus.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

**Aufnahme-Bureaus.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien;  
bei C. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Nr. 77.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 31. Januar.

1882.

## Deutscher Reichstag.

38. Sitzung.

Berlin, 30. Januar. 10½ Uhr. Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, von Schelling, Scholz u. A.

Eine Reihe von Petitionen wird dem Antrage der Kommission gemäß als zur Beratung im Plenum für ungeeignet erklärt.

Darauf giebt der Präsident die übliche Übersicht über die Geschäftstätigkeit der abgelaufenen Session. Zur Geschäftsordnung bemerkt:

Abg. Graf v. Moltke: Meine Herren! Indem wir am Schlusse unserer Berathungen stehen, fordere ich Sie auf unsern Dank auszusprechen unserem verehrten Herrn Präsidenten für seine energische, umsichtige und unparteiische Leitung unserer Geschäfte. (Beifall.) Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben (geehrt).

Präsident v. Leevézow: Wenn ich auch eines ehrlichen Strebens mich rühmen kann, so weiß ich sehr wohl und befenne es frei, daß ich die ehrenvollen Worte unseres hochverehrten Alterspräsidenten nicht verdient habe durch meine Leistungen, sondern zuzuschreiben habe dem Wohlwollen, welchem ich während meiner ganzen Amtsführung von allen Seiten des Hauses gleichmäßig und ununterbrochen begegnet bin. Dieses Wohlwollen hat mich über alle Schwierigkeiten hinweggehoben und wird, indem es noch am Schlusse unserer Sitzungen zum Ausdruck gebracht wird, von mir sehr dankbar empfunden. Meine Herren, Ihr Dank gehört und gilt dem ganzen Vorstande und insfern kann ich mit Freuden mich denselben anschließen. Die Herren Vizepräsidenten, Schriftführer und Quästuren haben mit großer Bereitwilligkeit und Thatkraft mich überall unterstützt und haben in dem collegialischen Verkehr ein persönliches Verhältnis begründet, welches mir dauernd überaus wertvoll ist. Ich erlaube mir, den Mitgliedern des Vorstandes noch besonders meinen Dank auszusprechen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe zunächst dem hohen Hause mitzutheilen, daß der Bundesrat beschlossen hat, den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushalt-tats für das Jahr 1882/83 in der Fassung, wie es aus den Beschlüssen des hohen Hauses hervorgegangen ist, seine Zustimmung zu ertheilen, daneben jedoch die Erwartung auszusprechen, daß die in der lecker Stunde kurz vor dem in Aufsicht genommenen Abschluß der Arbeiten beantragte und beschlossene Einstellung eines neuen Einnahmefakipots von 10,558,350 M. aus den Ueberschüssen des Jahres 1881/82 nicht etwa als ein in Zukunft zu ähnlichen Verfahrens-führender Vorgang werde angesehen werden, da die verbündeten Regierungen hierin eine nicht gerechtfertigte Abweitung von den früheren bewährten finanzwirtschaftlichen Grundsätzen erblicken und deshalb sich kürzlich auch durch die Rücksicht auf das wünschenswerthe baldige Zustandekommen des Etatsgesetzes von der Geltendmachung dieser Ansichtung nicht immer würden abhalten lassen. Außerdem habe ich dem Hause eine Allerhöchste Botschaft mitzutheilen:

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen und fügen hiermit zu wissen, daß Wir Unseren Staatssekretär des Innern, Staatsminister v. Bötticher, ermächtigt haben, gemäß Artikel 12 der Verfassung die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in Unserm und der verbündeten Regierungen Namen am 30. Januar dieses Jahres zu schließen. — Urfundlich unter Unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Siegel. Gegeben Berlin, 23. Januar 1882. Gez. Wilhelm, gegenges. v. Bismarck.

Ich erlaube mir, dieses Schriftstück dem Herrn Präsidenten hiermit zu übergeben. Auf Grund der soeben mitgetheilten Allerhöchsten Ermächtigung erkläre ich Namens der verbündeten Regierungen auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstages für geschlossen.

Präsident v. Leevézow: Meine Herren! Möge der Wunsch, der in unserm Herzen lebt, daß Gott das deutsche Vaterland mit seinen Fürsten und Stämmen, daß Gott den deutschen Kaiser segnen und schützen möge, uns vereinen in dem Huße, der unser A und O ist: Unser Kaiser Wilhelm lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen dreimal in den Ruf ein.)

Schluß 12 Uhr.

## Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung.

Berlin, 30. Januar. Am Ministerium Bitter, Friedberg, Lucius, v. Puttkamer und Manbach. Außerdem sind 41 Kommissarien angemeldet, darunter für das Auswärtige Amt Graf Hasfeld, Dr. Busch. Der Präsident zeigt den Gang von 16 Vorlagen, Denkschriften und Berichten an, die meist schon gedruckt sind. Ein Schreiben des Justizministers, betreffend die Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Fidel Fetscher im Hohenzollernischen wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses, wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Das Haus tritt in die erste Berathung des Etats ein. Gegen die Vorlage melden sich zum Wort: von Huene, Richter, Niedert, Dirichlet, Büchtemann, Franz, von Benda, von Schorlemmer-Alst, für dieselbe: von Rauchhaupt, von Zedlik-Neufisch, Kropatsch, Graf Wintzingerode.

Finanzminister Bitter: Nachdem der Reichstag mit Zustimmung der verbündeten Regierungen den Reichshaushaltsetat für das Jahr 1882/83 festgestellt hat, ermächtigt sich in Kap. 42, Titel 1 der Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung der Matrikularbeitrag Preußens von 58,340,838 M. um 5,839,433 M. auf 52,501,405 M. Dadurch hat der preußische Etat in Einnahme und Ausgabe seine vollständige Balance erhalten. Die rechnungsmäßige Feststellung der Summen wird am besten in der Budgetkommission vorbereitet werden können. Die Staatsregierung wird Sr. Majestät dem Könige den Antrag unterbreiten, den Gesetzentwurf über eine Anleihe von 4,968,700 M. zurückzuziehen.

Abg. v. Süone: In den Materialien der gegenwärtigen Etatserathung fehlt jede Auskunft über den Stand der Finanzverhältnisse des laufenden Jahres (Sehr richtig), die unentbehrlich ist für die Stellungnahme zum Steuererlaß. Beim Ministerium des Innern ist die durchgängige Erhöhung der Ausgaben für die Polizei hervorzuheben. Die landwirtschaftliche Statistik leidet noch immer an sehr großen Mängeln; namentlich ist die für die Steuerverhältnisse wichtige Frage

der Verschuldung des Grundbesitzes noch nicht zum Gegenstand statistischer Aufnahmen gemacht. Der Etat der Forsten weist eine erhebliche Erhöhung der Einnahmen auf. Beim Kultusministerium ist erfreulicherweise für das Elementarschulwesen eine erhebliche Förderung ausgeworfen. Mit Freude konstatiere ich auch, daß der Etat für den kirchlichen Gerichtshof, den wir schon im Vorjahr herabsetzten, an einer weiteren Schwindsucht zu leiden scheint. Hoffentlich wird dieselbe eine galoppirende sein. (Heiterkeit.) Die Position für einen Bischof haben wir schon im Vorjahr aus dem katholischen Kultus hinauszubringen gesucht. Vielleicht kommen wir jetzt einen Schritt weiter. Der Justizetat zeigt kein erfreuliches Bild: Die Einnahmen aus den Gerichtskosten, die für die Bevölkerung recht eigentlich eine Ausgabe sind, haben sich um 3 Mill. vermehrt. Zugem sind die Ausgaben in exorbitanter Weise gewachsen. Der Etat der Richterbeoldungen wächst um 7 Prozent, der für andere persönliche Ausgaben um 23 Prozent. Selbst im Etat der Ober-Rechnungskammer ist der Gerichtskosten wegen eines Neubaus eingestellt worden. Das sind traurige finanzielle Resultate. Dazu die höheren Gebühren der Rechtsanwälte und die Einführung der Amtsgerichte, die von den Gerichtseingessenen oft sehr weit entfernt liegen. Wir sind mit dieser Neorganisation entschieden in eine Sackgasse hingeraten. Der Etat für Berg- und Salinenwesen zeigt erfreuliche Mehr-Einnahmen, sodass für Löhne ein Plus von 2,699,000 M. ein gestellt werden konnte. Der Schwerpunkt des Etats fällt leider immer mehr und mehr in die Eisenbahnverwaltung. Die Petitionen der Eisenbahnbeamten werden immer dringlicher. Wir müssen einmal gründlich in die Sache hineinstechen. Zunächst verlangen die Leute feste Anstellung statt diätarischer Beschäftigung. Im Allgemeinen steigen auch die Besoldungen für letztere in größerem Maße als für erstere. Zweitens verlangen sie höhere Gehälter. Das ist lediglich eine Folge der Verstaatlichung. Hier gilt es, einmal sorgfältig zu prüfen und gerecht fertigte Beschwerden der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Ueberschuss von 28 Millionen ruht daher, daß man an der Erneuerung des Betriebs-Materials spart. So sind bei der Direktion in Berlin bei einem Gesamtetat von 1,975,000 Mark 600,000 Mark erwartet worden. Zudem sind die Klagen über die Wagen im Publikum ziemlich allgemein. Die Konsequenz jenes Sparsystems zeigt sich in der Forderung von 11 Millionen allein für Instandsetzung des Betriebsmaterials, die eigentlich ins Ordinarium gestellt werden müssten. Den Steuererlaß können wir uns nur als einen dauernden denken. Auch muß die Verminderung der direkten Steuern in dem Umfang des vorjährigen Vorschlags unabdingt aufrechterhalten werden. Unter diesen Gesichtspunkten werden wir auch den jetzt vorgeschlagenen Steuererlaß prüfen, über dessen Annahme oder Ablehnung, wir uns seit umso weniger äußern können, als, wie uns mitgetheilt ist, die ganze Position sich sich ändern könnte, wenn etwa noch rechtzeitig das Verwendungs-gesetz zu Stande kommen sollte. Meine Bedenken gegen das Verwendungs-Gesetz haben sich seit der vorjährigen Debatte verstärkt. An zwei Schwierigkeiten ist das Gesetz gescheitert: einmal daran, daß wir in der Regierung verlangt hatten, die Regierung solle sich bei den Überweisungen an die Kommunen mindestens zu einer Minimalleistung verpflichten. Sodann hatten wir uns über die Art der Überweisung nicht verständigen können. Jetzt soll nun die Erhöhung der Beamtengehälter und die Herabminderung des Schulgeldes hereingezoogen werden! Das letztere namentlich bildet einen äußerst unbilligen Verhältnissmodus. Meines Erachtens reicht das Gesetz vom 16. Juli völlig aus, um über Ueberschüsse des Reichs sachgemäß zu disponieren. Aber auch das schönste Verwendungsgegesetz wird meine Freunde im Reichstag in den dort zu fassenden Beschlüssen nicht beeinflussen. Nach alledem werden Sie mir zugeben, daß es auch einen weniger optimistischen Standpunkt in Bezug auf unser Finanzsystem gibt, als den des Finanzministers. Schon unser Staatschuldenwesen zeigt eine Steigerung derselben von 919 Millionen im Jahre 1875, auf 2 Milliarden 59 Millionen im Jahre 1881/82. Wenn auch ein großer Theil dieses Plus auf die Eisenbahnverstaatlichungen entfällt, so ist doch auch die allgemeine Staatschuld um 122 Millionen gestiegen. Eine allseitige genaue Prüfung empfiehlt sich jedenfalls, namentlich gegenüber der Steuerreform, von der jetzt seltsamer Weise keine Rede mehr ist. (Sehr richtig! links.) Wir haben stets auf die starke Anziehung des direkten Steuersystems hingewiesen, uns gleichzeitig aber auch gegen jede Einseitigkeit auf der anderen Seite vernahmt. Wenn wir bei der Steuerreform die Brücke hinter uns abrissen, indem wir die unteren Klassen der direkten Steuern radial abschaffen, so begehen wir einen großen Fehler. Ich hoffe, daß wir in dieser Beziehung im Hause uns noch einigen werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Rauchhaupt ist mit vielen Ausführungen des Vorredners einverstanden, nur nicht mit seiner ungünstigen Auffassung unserer Finanzlage, die doch nur der Ausdruck unserer wirtschaftlichen Lage sein kann und diese hat sich Richter's Prophezeiungen zum Trost nur verbessert. Unser Export nach Amerika hat sich um 60 Prozent erhöht, unsere Eisen-, Textilindustrie und Kohlenförderung weist ebenfalls einen erheblichen Aufschwung auf. Die Einnahme aus den deutschen Eisenbahnen ist in den ersten 10 Monaten um 20 Millionen gestiegen. Allerdings ist dieser Aufschwung nicht lediglich eine Folge des neuen Zolltarifs. Auf einzelne Branchen hat er sogar gar keine Wirkung zum Besten ausgeübt, vor Allem nicht auf die Tabaksfabrikation. Auch die Landwirtschaft verdankt ihren Aufschwung weniger dem Zolltarif als den höheren Getreidepreisen im Allgemeinen. Sehr erfreulich aber ist die günstigere Domänenverpachtung im vorigen Jahre. Während 1880 von 35 Neuverpachtungen nur 17 niedriger, 18 theurer waren, sind jetzt von 43 neuen Verpachtungen 28 theurer und 15 niedriger als früher. Allerdings ist im Mittelstande die große Wirtschaftskrisis noch keineswegs voll überwunden und es ist daher bedenklich, schon jetzt die Beamten durch eine Erhöhung ihrer Gehälter günstiger zu stellen, als die ihnen gleichstehenden Kreise. Das Beamtenthum muß die Kraft haben, so lange die Krisis nicht überwunden und die Mittel nicht vorhanden sind, nicht allzuviel auf eine Gehaltsveränderung zu dringen. Die Mittel sind, wie der Etat zeigt, nicht vorhanden. Der Justiz Etat zeigt kein erfreuliches Bild. Vor 10 Jahren erforderte er 51 Millionen, heute 78 Millionen; die Gerichtskosten stiegen in derselben Zeit von 35 auf 53 Millionen. (Hört! hört!) Das drängt uns doch die Frage auf, ob die Justizorganisation bishülflich ihrer Kosten ganz richtig ins Werk gesetzt war. Nun ist es sehr möglich, eine wirklich deutsche That, wie die Justizorganisation, dem Volke durch den Geldpunkt zu vergällen. Das muss unter allen Umständen vermieden werden. Aber ich lege dem Herrn Justizminister recht dringend eine mögliche Ersparnis durch Reduktion der Beamtenzahl an das Herz. Nun vom

Schmerzenskind der Justiz zu unserem Freudenkind, den Eisenbahnen. Die Verstaatlichung hat jedenfalls gewirkt. Die Einnahmen unserer Eisenbahnen betragen 369 Millionen, die Ausgaben 269 Millionen, bleibt ein Plus von 100 Millionen, nach Abzug der Zinsen der Eisenbahnschuld von 60 Mill. immer noch ein Plus von 40 Mill., durch das der Etat balancirt, und der Finanzminister hat alle Veranlassung, dem Eisenbahnminister für die Durchführung der Staatsbahnpolitik dankbar zu sein. Allerdings wird die Freude über diesen Etat etwas verkümmert durch die Anleihe von 128 Mill. für Erweiterung des Eisenbahnnetzes und zur Vermehrung der Betriebsmittel. Die Einnahmen aus den Eisenbahnen legen auch einen Steuererlaß nahe. Wir haben ihn im vorigen Jahre als dauernd bewilligt, weil wir glaubten, daß die Einnahmen dauernd dazu vorhanden seien würden und der Erlaß nicht als Agitationssmittel benutzt werden soll. Diese Voransicht hat sich nicht erfüllt. Nichts hat bei den Wahlen unglücklicher gewirkt als dieser Steuererlaß. Eine fernere Bewilligung von Steuererlassen muß daher mit äußerster Vorsicht gemacht werden. Aus den Ausgaben des Ministers seien wir schon jetzt, daß man mit Recht nicht beabsichtigt, einen weiteren Erlaß in den Einkommenssteuerstufen einzutreten zu lassen, aber wir hätten gewünscht, daß uns der Minister mitgetheilt hätte, wie es überhaupt mit den direkten Steuern in Preußen steht, denn wir können doch nicht mit den Steuererlassen voran gehen ohne ein ganz bestimmt festgelegtes direktes Steuersystem in Preußen. (Sehr richtig!) Wir haben nach dieser Richtung ein großes Vorzugsrecht: da im laufenden Jahre 13 Millionen mehr Matrikularbeiträge vom Finanzminister zu zahlen sind, als der Etat gebracht hat, so wissen wir absolut nicht, mit welchem Ueberschuss dieses Jahr abschließen wird. Dazu kommt noch, daß noch große Anforderungen an unseren Etat zu machen sind, z. B. 20 Millionen für Beamtengehälter. Wenn wir deshalb nun mit besonderer Vorsicht an den Steuererlaß herangehen, so glaube ich, daß die Gesamtlage unseres Etats eine sehr glückliche ist. Seit langen Jahren haben wir keinen Etat gehabt, der in sich balancirt. Wir meinen, daß durch die volle Bilanzierung des Etats in vielen Bevölkerungsklassen wieder Vertrauen und Zufriedenheit einziehen wird, weil man sieht, daß unsere Finanzverhältnisse durch die großen Reformpläne in Wirklichkeit zu steigen und gesunden werden. Und dazu wollen wir Konservativen beitreten, wenn wir den Etat, wie er uns vorgelegt ist, bewilligen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Ich sehe die Finanzlage nicht so günstig an, wie der Finanzminister und der Vorredner. Deswegen habe ich auch im Reichstage den Antrag gestellt, die Finanzlage etwas aufzubessern; das hat zur Herabsetzung der preußischen Matrikularbeiträge um 6 Millionen geführt, wodurch die Anleihe erspart werden kann. Der ganze Vorfall spricht indef mehr für unser gutes Herz, als daß er in der Sache selbst etwas beweist. (Heiterkeit.) Diese 6 Millionen können die Schäden unserer Finanzverwaltung kaum irgendwo bedecken, nicht aber heilen. Gegenüber den glänzenden Schilderungen des Vorredners wäre es doch gut, auch den Etat selber zu zitiren, wo die Bemerkung bei der Eisenbahnverwaltung zu finden ist, daß die Löhne nicht gestiegen sind, daß die Bergwerksprodukte eine Aufbesserung der Verkaufspreise nicht bemerkbar geweisen, daß die Hüttenwerke bei mangelnder Nachfrage noch unter sehr gedrückten Preisen zu leiden hatten. Gewerbe- und Stempelssteuer geben in ihren Erträgen zurück. Uns fehlt jede Auskunft über die Ergebnisse des laufenden Jahres. Wir wissen nur, daß 14 Millionen Matrikularbeiträge vom Reich mehr fordert sind, als der Etat vorsieht. Wie nun, wenn der laufende Etat in der Ueberschüssiffer den diesmaligen Betrag nicht erreicht? Dann würde im nächsten Jahre wieder die Anleihe ausbleiben müssen. Der Ueberschuss ist das Paraderöper der Finanzen. Die 24 Millionen M. mehr aus den verstaatlichten Eisenbahnen hängen damit zusammen, daß diese Rechnung fünf Quartale umfaßt: das folgt nicht gerade aus der Natur der Verstaatlichung (Heiterkeit). Zudem hat das fünfte Quartal keinen Rentenabzahlungsstermin, der im Dezember und Juni stattfindet. Das folgende Etatjahr hat aber für die Semestrenten nur Viertelfahrtsüberschüsse. Neben die Natur der Zinsersparnisse bei den Prioritätschulden in Höhe von 4,700,000 M. giebt der Etat keinen Aufschluß. Ziehe ich den wirklichen Betriebsüberschuss für vier Quartale in Betracht, so komme ich nun auf einen Ueberschuss von 6 Mill. Mark bei den verstaatlichten Privatbahnen; das klingt ganz anders als 29,00,000 M. Der Ueberschuss ist wesentlich die Folge des schiefen Winters von 1880, der den Eisenbahnen durch Unterbrechung der Schiffsahrt günstigen Konjunktur. Sodann hat eine veränderte Buchführung Platz gegriffen, indem man jetzt bei Verwendung alter Materialien zu Erneuerungen deren Wert in Einnahme stellt. Bei den alten Staatsbahnen ist pro 1880—81 ein Ueberschuss von 3,000,000 Mark vermerkt, aber bei den Mehreinnahmen aus dem Verkauf alter Materialien allein 1,400,000 M., bei den Erneuerungen eine Ersparnis von 300,000 M., so daß nur ein wirkliches Plus von 1,400,000 M. übrig bleibt, nicht einmal so viel, als der Staat aus seiner Beteiligung an Privatbahnen erhält. Was den vorher bemerkten Mehreuerüberschuss bei den verstaatlichten Privatbahnen von 6,000,000 M. betrifft, so bemerke ich, daß die Privatbahnen in dem Jahre nach ihrer Verstaatlichung gerade 6,000,000 M. weniger für Erneuerung ausgegeben hatten, als in dem Vorjahr die Privatbahnrektionen ihren Erneuerungsfonds zuführen mußten. Kann überhaupt, selbst wenn der Ueberschuss von 29,000,000 M. eine andere Natur hätte, von dem Jahre 1880—81 als einem Ueberschüssijahre gesprochen werden, gegenüber der Thatstache, daß dasselbe zur Bilanzierung eine Anleihe von 38,000,000 M. brauchte? Die Regierung hat nicht genügend aufgeklärt, warum man nicht lieber 29,000,000 M. weniger Anleihe aufgenommen hat, anstatt hier mit einem Ueberschuss zu paradiere, zumal noch 44,000,000 M. Restausgaben bei den einmaligen Fonds in das nächste Jahr übergegangen sind. Freilich würde es ganz anders flingen, wenn man in Erhaltung des Ueberschusses von 1880—81 pro 1882—83 wiederum eine Anleihe aufnehmen müßte und nur darauf hinweisen könnte, daß man pro 1880—81 mit 9,00,000 M. Anleihe ausgekommen wäre. — Was den neuen Etat betrifft, so halte ich denselben für ungünstiger als den vorjährigen. Der vorjährige hatte aus dem Ueberschuss der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben noch 12,000,000 M. für das Extraordinarium übrig. Der neue Etat deckt sein Extraordinarium nur durch außerordentliche Einnahmen, nämlich den Ueberschuss von 1880—81 und die Anleihe, welche allerdings in Folge unseres Antrages in Wegfall kommt. Preist man den Etat, wie er einen weiteren Steuererlaß von 6 Millionen bringe, so darf man nicht vergessen, daß das nur die Folge von den 12 Millionen im Reichstage neu bewilligten Stempelsteuern ist. Wollte der Etat Alles, was ihm an Mehrbeträgen von neuen Reichsteuern jetzt zusieht, zu

Erlassen verwenden, so müssten das 15 Millionen, nicht nur 6 Mill. sein. Vielleicht röhrt man dem Etat noch nach, daß das Extraordinarium gegen das Vorjahr um 6 Millionen geringer ist. Die Veränderung ist beim Extraordinarium des Eisenbahnenrats entstanden. Aber der hintere Bote ist in Form der Eisenbahnanleihe hinternach gekommen, für Zwecke, welche sonst im Extraordinarium des Etats vorgesehen waren. Die großen Bahnhofsumbauten werden jetzt auf das Konto einer Staatsbahnanleihe gebracht. Es handelt sich auch hier nur um eine veränderte Buchführung. Die Übertragung der Eisenbahnanleihe auf ein besonderes Gesetz hat aber auch noch eine sachliche Bedeutung. Die Ausgaben für solche Bauten sollen für jedes Jahr besonders auf den Etat gebracht werden. Letzteres hat der Finanzminister im Reichstag für selbstverständlich gehalten bei der Vorlage über den Umbau des hamburgischen Freihafens. Da die Verfassung für Preußen wie für das Reich ebenso vorschreibt, daß alle Ausgaben für jedes Jahr auf den Etat gebracht werden, so frage ich, hält der Herr Minister diese Einstellung der Anleihenräte auch für ebenso selbstverständlich? Eine leichte Kopfbewegung seinerseits würde mich beruhigen können. (Heiterkeit.) Sie bleibt leider aus, und deshalb mß ich die Aufmerksamkeit des Hauses darauf lenken, daß man hier für eine Reihe großer Eisenbahngebäude unser Etatsrecht durchbrechen will, wie leider schon bisher die Praxis bestanden hat, bei Eisenbahnneubauten die jährlichen Bauraten nicht auf den Etat zu bringen, sondern sich ein- für allemal bewilligen zu lassen. Das Anleihegesetz sichert nur jährliche Rechenschaftslegung zu. Aber nicht bloße Kenntnisnahme, sondern jährliche Bewilligung ist unser Recht. Vor der Verstaatlichung sprach man von der Vergedung des Anlagekapitals durch die Privatverwaltung und mit welchem Kapitalersparnis der Staat würde wirtschaften können. Jetzt würden umgekehrt neue Kapitalaufwendungen vom Staat gerade für die eben verstaatlichten Privatbahnen verlangt. Der große einheitliche Wagenpark sollte Ersparnisse von Betriebsmitteln ermöglichen. Umgekehrt werden jetzt für 11 Millionen neue Waggons verlangt. Als wir früher auf die Anlegung eines Erneuerungsfonds für Waggons hinwiesen, hieß es, die Erneuerung sei noch nicht notwendig, weil die Waggons noch nicht notwendig seien. Jetzt kommt eine Anleihe für diesen Zweck. Als Paradeperfekt reitet Herr v. Rauchhaupt noch den Überschuss aus den Eisenbahnen im Jahre 1882 bis 1883 von 13 Millionen. Der Finanzminister findet darin eine Rechtfertigung seiner Eisenbahnpolitik. Mehr als zur Hälften ist aber dieser Überschuss einfach dadurch entstanden, daß man die Renten an die früheren Aktionäre bei Köln-Minden und Magdeburg-Halberstadt fest gegen Staatspapiere umtauscht. Die Ausgabe erhebt nun zwar nicht mehr auf dem Eisenbahnnetz, dafür aber in gleicher Höhe auf dem Schuldenetat. Auf diese Weise kann man leicht große Überschüsse hervorbringen. Nachher bei Besprechung des Schuldenetats weist der Finanzminister warnend auf die Steigerung des Schuldenetats um 6 Mill hin. Er hätte sich bei dem Eisenbahnnetz die Freude und beim Schuldenetat die Trauer ersparen können, wenn er nur erkannt hätte, daß die 6 Mill. Überschüsse bei den Eisenbahnen und die 6 Millionen Defizit bei den Schulden gleichbedeutend sind (Heiterkeit). Nur veränderte Buchung hat also den Herrn Finanzminister zu seinem Irrthum veranlaßt. Dergleichen ist ihm nicht das erste Mal passirt. Der wirkliche Mehrüberschuss aus dem Betrage der Eisenbahnen beträgt im neuen Etatsjahre nur 5.069.000 M. Dem steht aber gegenüber eine um 48 Kilometer vermehrte Eisenbahnlinie, welche wiederum zu einer Steigerung der Zinsen der Staatschuld im Schuldenetat geführt hat. Für die bisherige Betriebslänge beträgt der Überschuss nach Abzug von 300.000 M. Plus Pensionen für Eisenbahnbeamte, welche beim Finanzministerium gebucht sind, nur 3 Millionen Mark. Drei Millionen Mark mehr Überschuss bei einem Etat von 360 Millionen! Die Verwaltung gibt übrigens selbst zu, daß sie auch in diesem Jahre 3 Millionen Mark weniger für Erneuerungen verwendet, als der Betrieb die Werthe verringert. Recht kümmerlich sind die finanziellen Ergebnisse der Eisenbahnverstaatlichung. Müssten die Staatsbahnen gleich den früheren Privatbahnen Rücklagen für den Erneuerungsfonds machen und die Obligationen amortisieren, so würde bei richtiger Buchführung sich vielleicht ein Defizit herausstellen, abgegeben davon, daß das Risiko der schwankenden Erträge jetzt unserer ganzen Finanzlage eine unsichere Grundlage giebt. Von den Segnungen der Verstaatlichungen für den Verkehr spricht zwar die Regierung selbst sehr viel, desto weniger aber das Publikum. In Rheinland-Westfalen haben die verstaatlichten Bahnen in diesem Herbst die Probe sehr schlecht bestanden. Die Zeichen müssen die Förderung, die Eisenwerke den Betrieb wegen Wagenmangels zeitweise einstellen. Seit der Zeit nach dem französischen Kriege hatte man solche Kalamität nicht erlebt. Seiner Zeit habe ich als Folge des großen einheitlichen Wagenparkes vorausgesagt, daß man alsdann vielleicht unter den fahrenden Wagen mehr bedenken könnte, aber desto mehr leere Wagen im Schuppen brauchte. Je weiter von der Abstellungsstation der Wagen dirigiert werden kann, desto mehr braucht erstere Wagen zur weiteren Verfügung im Schuppen. Die Oberschlesische Bahn hatte in diesem Herbst Wagen genug für sich. Als sie Kohlen abfahren wollte, fuhren ihre Wagen aber gerade anderthalb Minuten. Die Potsdamer Bahn hatte für ihren Bedarf auch Wagen genug, mußte aber im Herbst die Entladungsfristen abkürzen aus Wagenmangel. Um die Wagen in Schuppen zu verwahren, werden jetzt 11 Millionen für neue Waggons verlangt. Wo bleiben denn nach dieser Aufwendung die finanziellen Vorteile des einheitlichen Wagenparkes? Werden die neuen Verstaatlichungsprojekte genehmigt, so muß dieser Etat Nachträge erhalten, welche vielleicht wiederum die ganze Verwaltung anders gestalten. Überhaupt läßt sich die wirkliche Finanzlage angesehens aller dieser Übergangsverhältnisse gar nicht mehr übersehen. Schon jetzt ist das Abgeordnetenhaus nicht mehr im Stande, die Eisenbahnverwaltung in ihrem bisherigen Umfang zu kontrolliren. Haben wir 6 Millionen Mark zum Steuererlaß übrig oder nicht? Wie kann es bei einem Etat von 1000 Millionen Mark darauf ankommen? 6 Millionen mehr oder weniger ändern an einem solchen Etat nichts. Viel größere neue Steuern sind im Reiche aufgelegt worden, und zwar dauernd, deshalb wünschten wir auch den Erlaß von 6 Millionen Mark. Man kann der Regierung nicht mehr Steuern lassen, als sie selbst haben will, am wenigsten der gegenwärtigen Regierung, welche die Gelder vielleicht zu Ausgaben verwenen würde, die weit weniger im Interesse des Volkes liegen, als der Steuererlaß. Wir wünschen allerdings eine andere Verwendung des Erlaßes. Vom Verwendungsgesetz halten wir in diesem Jahre wo möglich noch weniger als im vorigen. Wäre es im Vorjahr angenommen, man hätte es schon zweimal abändern müssen, einmal, als im Februar Fürst Bismarck die Aufhebung des Schulgeldes wünschte, jetzt wegen der Erhöhung der Beamtengehälter. Was die damalige freundschaftliche Beziehung des Fürsten Bismarck zu mir betrifft, so ging es mir dabei ebenso wie dem Verwendungsgesetz; es war mehr äußerlich als innerlich. (Heiterkeit.) Ein solches Verwendungsgesetz, das beweisen diese Vorgänge, läßt sich auf eine längere Zeitrauer als ein Jahr überhaupt nicht machen. Überhaupt hat sich der ganze Standpunkt der Regierung dem Gesetz gegenüber geändert. Nach der Erklärung der Koburger Finanzministerkonferenz sollten bestimmt die Mehrerlöste aus neuen Steuern durch das Reich zu Steuererlassen verwendet werden. Säßen wir damals daraufhin die neuen Steuern bestimmt, dann würden wir heute vor der Forderung des Ministers stehen, 20.000.000 nicht zu Steuererlassen, sondern zur Erhöhung der Beamtenbefoldungen, also zu neuen Ausgaben zu verwenden. Die Thronrede im Reichstag entwickelt das Projekt der Alters- und Unfallversorgung mit Staatsunterstützung, die aus neuen Steuern hergenommen werden soll: also jetzt verlangt auch das Reich noch etwas aus den neuen Steuern! Da brauchen wir zwei Verwendungsgesetze, eins in Preußen und eins im Reich. v. Rauchhaupt glaubt, die Wahlen würden ganz anders aussfallen, wenn das Volk wüßte, was Fürst Bismarck will? Nun glaube ich zunächst, Fürst Bismarck ist sich selbst nicht klar, was er wirklich will. (Heiterkeit.) Wir haben das wiederholt in

lechter Zeit gesehen. Im Vorjahr hielt der Reichskanzler nach der Vorlage seines Verwendungsgesetzes 110.000.000 neue Reichsteuern für nötig. Wie steht es jetzt? Es kommen in Preußen hinzu 20.000.000 zur Erhöhung der Beamtenbefoldung, für Abschaffung des Schulgeldes etwa 13.000.000, vielleicht 17.000.000 erhöhte Ausgaben für Schulen, zusammen 50.000.000 mehr in Preußen. Im Vorjahr hatte der Minister 65.000.000 für Preußen verlangt, das macht zusammen 115.000.000, und daraus folgt eine Mehrforderung für das Reich von 195.000.000. Nun kommt das Reich selbst mit seinen Bedürfnissen; es würde vielleicht auch 20.000.00 mehr für seine Beamten- und Offiziergehälter brauchen, außerdem 120.000.000 für Altersversorgung nach der Schätzung des Prof. Wagner, ferner nach demselben die Bagatelle von 10 bis 15.000.000 für die Unfallversicherung, zusammen 135.000.000, dazu 195.000.000 für die Einzelstaaten, ergibt 330.000.000. Dabei sind ungerechnet die Versorgungskosten für die hinterbliebenen von Beamten und die angekündigte Entlastung der Kommune von Polizei- und Standesamts-Kosten. Im Vorjahr also ein Bedürfnis von 110, jetzt aber schon 350 bis 400 Millionen. Wie sollen die aufgebracht werden? Aus dem Tabakmonopol und der erhöhten Bier- und Brantweinsteuer können im besten Falle, nach den Berechnungen der Freunde des Monopols, 116 Millionen einkommen. Wo soll das zu den 330 bis 350 Millionen fehlende herkommen werden? Also lassen wir doch das ganze Verwendungsgesetz, lassen wir alle diese Pläne in dem Nebel stecken, in dem sie einmal sind! Wie verwenden wir nun die 6 Millionen? Den Modus vom vorigen Jahre zu wiederholen, dieselbe für ein Jahr beabsichtigte Verwendung dauernd zu machen, halte ich nicht für richtig. Es würde dadurch ein großer Unterschied entstehen in der Besteuerung der unteren Klassen und derer, die über 2000 Mark Einkommen haben. Ich bedaure, daß der Finanzminister den mit soviel Pomp angekündigten Reformplan der direkten Steuern, zu der wir ihm extra einen Rath mehr bewilligt haben, nicht vorgelegt hat. Hat die Reform vor den Augen des Reichskanzlers keine Gnade gefunden oder hat sich der Minister selbst eines andern besonnen? Es gab über die Reform im Rahmen des direkten Steuersystems viel gemeinschaftliche Ausschauungen zwischen uns und den Konservativen. Die jetzt disponiblen 6 Millionen würden uns die Reformen erleichtert haben. Ob wir mit Hilfe der 6 Millionen einfach die unterste Stufe abbrechen, will doch sehr überlegt sein. Sollen die Kommunen auch auf die unterste Stufe verzichten? Thun sie es nicht, wird am ganzen Steuerverschaffung nichts geändert. Rüher liegt schon der Gedanke, die 6.000.000 zum Erlaß von Schulgeld zu verwenden. Dazu würde aler eine organische Einrichtung gehören, damit nicht Gemeinden, die das Schulgeld schon abgeschafft haben, benachtheilt würden den anderen gegenüber. Ein Erlaß an Schulgeld entlastet die städtischen Familien, wie umgekehrt Zölle und Verbrauchssteuern sie am meisten belasten. Auch zur Herbeiführung einer besseren rationelleren Skala der Einkommen- und Klassesteuer könnte man die 6 Millionen verwenden, insbesondere auch zur Verabreichung der Stufen mit 5-800 Thlr. Einkommen und zur Berücksichtigung der Kinderzahl in Einkommensteuerstufen. Noch andere Vorschläge lassen sich machen mit Rücksicht darauf, daß die neuen Stempelsteuern, aus deren Erlaß erfolgt, von den besitzenden Klassen ausgebracht werden. Man könnte, wie wir schon 1879 verlangten, die mit der neuen Veranlagung erfolgte Erhöhung der Gebäudesteuer rückgängig machen, indem man den Prozentsatz der Gebäudesteuer um ein Viertel ermäßigte. Das platte Land würde freilich noch um etwas mehr entlastet werden, als es bei der neuen Veranlagung höher belastet worden ist, aber die Kommunen würden ein Besteuerungsobjekt vom Staat entlastet erhalten, auf das sie den natürlichen Anspruch haben. Endlich könnte man die sechs Millionen auch verwenden zur Ermäßigung des Immobilienstamps und zu einer Reform des Pacht- und Mietstamps. Wir stellen Ihnen also vier neue Vorschläge für die Verwendung der 6 Millionen Steuererlaß zur Auswahl. Wir liefern Ihnen also eine Anzahl von Gedanken, sind auch bereit, wenn Sie es nicht selbst thun wollen, eine der Majorität am Meiste zugängige in Gesetzen zu formulieren. Wenn dann wieder Herr von Minnigerode den Gesetzentwurf unter den Schutz seines Namens nimmt und ihm seine Etikette giebt, seine Firma leicht (Heiterkeit), so können wir wieder wie im Vorjahr mit den Konservativen und der Zentrumspartei über den Steuererlaß zu einem übereinstimmenden Beschlus kommen. Herr von Rauchhaupt bezeichnet die Erhöhung der Beamtengehälter als nicht sehr dringlich. Diese Neuerung wird im Lande Aufsehen machen, zumal Herr von Rauchhaupt demjenigen Stande als Zerde angehört, der die Erhöhung der Gehälter — es handelt sich um die Landräthe — zuerst gefordert hat. Allerdings ist die Summe von 20 Millionen sehr groß, sie wird ihre weiteren Konsequenzen für die Beamten im Reiche ziehen. Davi kommen noch 18 Millionen für Durchführung des neuen Verwendungssystems für Hinterbliebene im Reiche und in Preußen. Im Verhältniß zu der Summe der Gehälter sind etwa 20 Millionen nicht zu viel. Im preußischen Etat, wenn ich richtig rechne, betragen die Besoldungen und Wohnungszuschüsse der Beamten über 200 Mill., dazu kommen noch die Kompetenzen der diätarischen Beamten, welche eine Aufbesserung vielleicht noch nötiger haben. 20 Millionen würden also kaum reichen zu einer Verbesserung der gesamten Beamten-einkünfte um 6 bis 7 Prozent, mit Zunahme der Verstaatlichung und der Beamtenzahl noch weniger. Bisher hat man nicht, wie jetzt es für möglich gehalten, eine so große Summe auf einmal verfügbar zu machen, von unten auf allmählig begonnen. — Eine Gesamtaufbesserung aber sollte nicht blos eine mechanische sein, sondern organisch das Besoldungswesen überhaupt formulieren. Auch das ganze System der Besoldung nach Mittel-, Minimal- und Maximal-sägen ist falsch. Ein System fortlaufender Alterszulagen würde richtiger sein. Überhaupt finde ich, daß die Beamten verhältnismäßig in denjenigen Jahren, wo ihre Arbeitskraft am höchsten ist und die Haushaltungskosten durch die Erziehung der Kinder zugleich am größten, am wenigsten gut bezahlt sind. Daraus entsteht oft eine später sehr schwer auszugleichende Zerrüttung der Verhältnisse. Eine solche organische Reform würde mehr Zufriedenheit hervorrufen, als eine blos mechanische prozentuale Aufbesserung. So viel Unzufriedenheit, wie jetzt unter den Eisenbahnbeamten besteht, habe ich überhaupt in Beamtenkreisen noch nicht erlebt. Die Staatsregierung hat den allergrößtmöglichen Weg eingeschlagen, diefer Unzufriedenheit zu begegnen. Sie hat einzelnen Beamten, die Petitionen unter ihren Kollegen arrangieren wollen für das Abgeordnetenhaus, deshalb den Dienst gesindigt. Einzelne Betriebsräte haben sämtliche Beamten verwarnt, bei Strafe der Disziplinaruntersuchung und Entlassung solche Petitionen zu unterzeichnen. Diese Beschränkung des Petitionsrechts des Beamten verdient meines Gracchats noch eine gründlichere Erörterung, als sie im Rahmen der allgemeinen Etatsdebatte möglich ist. Ich befürchte mich daher vorläufig darauf, den Gegenstand nur anzumerken. Auch die Weihnachts-Gratifikationen hat man allen Beamten vorerhalten, welche Petitionen an dies Haus unterzeichnet haben. Dadurch ist die Flamme der Unzufriedenheit erst recht emporgelodert. Während man derart auf der einen Seite zu verhindern sucht, daß unter den Beamten Petitionen zirkulieren, welche ihr eigenstes Recht betreffen, lassen die Borge setzen auf der anderen Seite unter den Untergebenen Listen zirkulieren, welche mit dem Dienst nicht das Mindeste zu thun haben. Vor mir liegt eine Aufforderung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ an den königlichen Eisenbahnbeamten Oeffermann in Köln mit dem Erbitten, sich freundlich für das Abonnement auf ihre Zeitung zu bemühen, wobei den Beamten eine Rabattvergütung in Aussicht gestellt wird. Herr Oeffermann hat auch diese Offerte an die Bureauvorsteher durch amtliche Verfügung gelangen lassen, mit dem Amtsbeschein, solche den unterstehenden Beamten mitzuteilen. (Hört! hört!) Ich weiß nicht, ob dieser Oeffermann es auch sonst für seine Aufgabe hält, in den Büros private Preisofferten zirkulieren zu lassen, ob er auch Abonnementslisten für andere Zeitungen vorlegt oder an-

die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ darin auszeichnet, weil er glaubt, daß ein solches Blatt mit seinen Schimpfsatiren zur Verbesserung des guten Tuns beitragen wird. (Heiterkeit.) Ebenso hören wir, daß Eisenbahndirektoren in den Büros Listen zirkulieren lassen, mit der Aufforderung an die Beamten, konservative Vereine beizutreten. (Rufe rechts: Warum auch nicht?) Wenn die Beamten aus eigener Überzeugung konservativ sind, werden sie Ihnen schon von selbst kommen, aber daß man mittels der eintlichen Autorität die Untergebenen zu prellen versucht, finde ich einfach unanständig. (Sehr wahr! links.) Es muß schlecht um eine Partei und ihre Sache gestellt sein, wenn man glaubt auf diese Weise für sich wirken zu müssen. Auf den Bahnhofsrestaurationen befreit man die liberalen Blätter. Seit Anfang dieses Jahres ist die „Hagener Zeitung“ das bei weitem verbreitetste Blatt in Hagen, welches in Hagen in jedem Hause gehalten wird, von der Liste in den Kreisen Hagen-Altena-Siegen zur Insertion zulässigen Blättern gestrichen worden. Die Behörden haben ihr die bezahlten Unterwerke entzogen, die Rheinische Bahn unmittelbar nach der Verstaatlichung. Da selbst die neuen Fahrpläne sind der Zeitung in diesem Jahre nicht mehr beigelegt worden, obwohl sich die Zeitung so immer, auch in diesem Jahre zur kostenlosen Beilage erboten hat. Das „Berliner Tageblatt“ führt dieselbe Beschwerde. Die Eisenbahnen sollen dem öffentlichen Verkehr dienen, und je mehr sie ihre Fahrpläne bekannt machen, desto rentabler werden die Eisenbahnen. Die politische Richtung des Ministeriums zu vertreten, wird selbst in dem königlichen Erlaß nur als Aufgabe einer bestimmten Beamtenklasse bezeichnet. Hier handelt es sich nicht um eine solche, sondern um eine rein technische Verwaltung. In all diesen Einzelheiten begegnen wir einem System, die Eisenbahnenverwaltungen dientbar zu machen augenblicklichen politischen Parteidurchsetzungen. Die unabhängige Gefinnung zu beeinflussen, kurzum, auf das alte System zurückzugehen von Zuckerrot und Peitsche. (Oho! rechts.) Da wohl, nach dem alten Gerichts-Rezept. Früher sprachen gegen die Verstaatlichung das finanzielle Risiko und die Schädigung für die Entwicklung des Verkehrs. Wer sich jetzt auf weitere Verstaatlichungen einlassen will, bat sich zu verantworten, daß er damit auch in politischer Beziehung einem System widerstehen kann, das darauf abzielt, das bestiedene Maß an politischen Rechten und Freiheiten, welches wir im Volle noch haben, zu gefährden und zu beeinträchtigen. (Beifall links.)

Finanzminister Bittner: Der Überschuss von 29 Millionen ist nicht das Resultat unserer Buchung, sondern des Finalabschlusses der Generalstaatskasse. Er ist vollständig in Baarmitteln vorhanden. Der Vorwurf, daß eine Anleihe von 28 Millionen im Vorjahr hätte erwartet werden können, ist unrichtig. Schon aus dem Bericht ergibt sich die Unmöglichkeit einer derartigen Ersparnis. Es ist gesagt worden, daß gegenüber einem Überschuss im Reiche von 50 Millionen ein Erlaß von 20 Millionen doch gar zu unbedeutend sei. Ich muß indessen bemerken, daß das Verwendungsgesetz uns doch noch andere Pflichten auferlegt. Daß das Verwendungsgesetz kommen wird, kann ich bestimmt versichern. Die lobungen Beichlüsse des Vorjahres werden nach seiner Seite hin präjudizieren; es ist vielmehr ausdrücklich vorbehalten, auch diejenigen Leistungen mit in Rechnung zu ziehen, zu deren Realisierung erhöhte Anforderungen an die Steuerkraft gestellt werden müssten. Was die Frage der Gehaltserhöhung der Beamten betrifft, so stehen wir den Wünschen der Beamten mit voller Wärme gegenüber. Wir sind bestrebt, ihnen eine bessere Existenz zu verschaffen und jede Möglichkeit von Ersparnissen für diesen Zweck ins Auge zu fassen. Ich muß bestreiten, daß das Verwendungsgesetz mit der Steuerreform in unlösbarem Zusammenhang steht. Wir haben von der Vorlegung der Reformgesetze nur Abstand genommen, weil die jetzige Session wirklich mit dringenderen Aufgaben befaßt ist, und wir die Reformentwürfe nicht einem Begrabenwerden in der Kommission ausgesetzt.

Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach: Im Reichstag ist der Regierung eine verfassungswidrige Beschränkung des Petitionsrechts der Eisenbahnbeamten vorgeworfen. Ich war leider nicht anwesend und konnte die Behandlung dieser Frage an jenem Orte umsonst erwarten, als dem Reichstag nur das Recht der Aufsicht und der Gesetzgebung über das Eisenbahnwesen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs zusteht. Es ist unrichtig, daß das Petitionsrecht der Eisenbahnbeamten beschränkt worden ist. Was das Verbot von Kollektivpetitionen anlangt, so ist es ein alter Grundsatz für die Verwaltung, daß die Beamten sich mit Beschwerden persönlich an ihre vorgesetzten Behörden wenden, aber nicht in Massenpetitionen auftreten sollen, um damit einen gewissen Druck auszuüben. Die Vorbereitungen zu derartigen Massenpetitionen sind auch mit der Ordnung des Dienstes nicht verträglich. Im Eisenbahndienst muß eine militärische Disziplin herrschen. Wenn das nicht wäre, so würde sehr bald die Beförderung auf den Bahnen den größten Gefahren ausgesetzt sein. Ich werde allen Versuchen, die Disziplin zu lockern, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten wissen. (Beifall rechts.) Großer Lärm ist über eine Königsberger Affäre entstanden, in der allerdings eine formelle Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden ist, aber nicht wegen der vorhergegangenen Aktion und des Aufruhrs von heimischer revolutionärer Natur. Der Haupturheber dieser Bewegung, ein noch im Kündigungsverhältnis stehender Beamter, ist im Kündigungswege entlassen worden. Zwei andere Beamte sind mit nicht unerheblichen Disziplinarstrafen belegt worden. Der Behauptung des Vorredners, daß eigentlich gar kein Überschuss vorliege, bin ich doch in der glücklichen Lage entgegentreten zu können. Der Überschuss bezieht sich auf 14.905.000 Mark, zu denen noch die Zinsen des Reserve- und Erneuerungsfonds kommen. Während sich ferner die Verzinsung der verstaatlichten Bahnen auf 5,41 Prozent beläuft, hat das Vorjahr einen Überschuss gebracht, der das Kapitel mit 7,51 Prozent verzinst. (Hört!) Das beweist doch, daß der Kauf kein schlechter gewesen. Als Fazit bleibt die Thatjache übrig, daß die Überschüsse der Bahnen nicht blos die Zinsen der gesamten Staatschuld tragen, sondern noch einen Überschuss von 17 Millionen liefern. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß Sie der Absicht, das Staatsbahnen noch weiter auszudehnen, zustimmen werden. (Beifall rechts.) Die Frage betrifft, wie sich die Resultate im laufenden Etat gestalten werden, kann ich beim Etat der Bergwerksverwaltung einen Überschuss von über 1 Million konstatieren; bei der Eisenbahnverwaltung einen solchen von 13 Millionen ungefähr. Zu den starken Anforderungen wegen der Betriebsmittel sind wir durch die Zunahme des Verkehrs veranlaßt worden, der wir gewachsen sein möchten. Wir wünschen den berechtigten Klagen über Wagenmangel zuvorzukommen. (Redner gibt einzelne Details über den Wagenmangel auf der Potsdamer Bahn im Jahre 1879.) Im Übrigen behalte ich mir vor, auf die Richter'schen Angriffe morgen zu antworten. Die bisherigen Erfahrungen berechtigen uns, auf dem beschrittenen Wege fortzufahren. (Beifall rechts, Zischen links.)

Hierauf wird die Debatte vertagt.

Persönlich bemerkt Abg. v. Rauchhaupt, er müsse die Behauptung des Finanzministers, daß diese Seite des Hauses kein warmes Herz für die Beamten habe, als eine unrichtige bezeichnen.

Abg. Richter: Der Finanzminister habe seine Rede fast in allen Punkten nicht richtig verstanden; er hoffe, daß sonst Jedermann im Hause sie besser verstanden habe.

Finanzminister Bittner glaubt die Reden Richter's, wie das Haus anerkenne werde, richtig verstanden zu haben. Die von Rauchhaupt ihm supponierte Behauptung habe er nicht aufgestellt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

## Briefe und Zeitungsberichte.

**C. Berlin.** 30. Januar. Während der heutigen Staatsberathung im Abgeordnetenhouse erhielt der am Ministerstheil anwesende Justizminister eine Mittheilung, die er dem Abg. Dr. Falk zufand, welcher sich auf seinem Platze befand. Herr Falk verließ darauf den Saal und bald nachher das Haus — er hatte die Nachricht empfangen, daß der Kaiser kurz vorher seine Ernennung zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Hamm unterzeichnet hatte. Herr Falk wird, wie kaum erst gezeigt zu werden braucht, seine Mandate zum Reichstag und Abgeordnetenhouse, welche durch die Ernennung erloschen, nicht wieder annehmen: seine Uebersiedelung an die Spitze der Rechtspflege der Provinz Westfalen bedeutet, jedenfalls auf absehbare Zeit, wahrscheinlich aber für immer, den Rücktritt aus dem politischen Leben. Dass die Ernennung dem Kaiser zur Unterzeichnung vorlag, wußte man im Abgeordnetenhouse in engerem Kreise schon seit dem Beginn der heutigen Sitzung; für diese Eingeweihten war es daher auch kein Geheimniß, daß das Fortgehen Falk's den Abschied desselben von dem Saale bedeutete, in welchem er durch sechs Jahre voll heißesten Kampfes eine der hervorragendsten Persönlichkeiten gewesen. Mit dem Entschluß, den er jetzt gefaßt und ausgeführt hat, sind diejenigen am meisten einverstanden, welche Falk am höchsten schätzen. Wir haben dem Unbehagen s. Z. Ausdruck gegeben, welches alle Freunde des ehemaligen Kultusministers erfüllen mußte, als man ihn während der Verhandlung über den kirchenpolitischen Antrag Windthorst im Reichstage stillschweigend mit gebreuzten Armen dastehen sah, während von allen Seiten höhnische Anklagen gegen die, seinen Namen tragende Kirchenpolitik umherslogen. Ohne Zweifel hat Niemand diese Empfindung stärker gehabt, als Dr. Falk selbst, und man wird wohl nicht irre gehen mit der Annahme, daß jene beiden Sitzungstage den, allerdings schon vorher entstandenen Entschluß, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen, zur Reife gebracht haben. Daraus, daß Dr. Falk — so wenig, wie auf die Dauer Dr. Delbrück — in sich nicht den Beruf gefühlt hat, den in der Opposition seine frühere ministerielle Thätigkeit vertretenden Exminister zu spielen, ist ihm sicher kein Vorwurf zu machen: Niemand kann über seine Natur hinaus, und unsere hohe Bureaucratie, aus welcher sowohl Falk als Delbrück zu staatsmännischer Thätigkeit hervorgegangen, ist eben vorhanden noch nicht aus dem Holze geschnitten, aus welchem man oppositionelle parlamentarische Führer machen kann. Bedauerlich wäre es nur gewesen, wenn Herr Falk weiter die der Mifdeutung ausgeführte Rolle gespielt hätte, in welcher man ihn während der erwähnten Reichstagsverhandlung erblickte. Es versteht sich zwar von selbst, daß von clerikalischer Seite das Ereignis als ein neuer Beweis dafür, wie Niemand mehr den „Kulturkampf“ fortfegen wolle, da selbst sein Urheber ihn aufgabe, verwertet werden wird; indeß auf eine Entstellung mehr oder weniger kommt es nicht an; in Wahrheit besagt der Rücktritt Falks aus dem Parlamente eben nur, daß eines sich nicht für Alle schickt; es unterliegt keinem Zweifel, daß er persönlich die kirchenpolitische Sachlage nach wie vor so beurtheilt, wie es seitens der National-Liberalen geschieht. Dass es ihn, der noch ein Mann im kräftigsten Alter ist, wenn er die parlamentarische Thätigkeit aufgab, nach einer anderen verlangte, ist natürlich; und für den früheren Unterstaatssekretär im Justizministerium — aus welcher Stellung Falk bekanntlich s. Z. an die Spitze des Kultusministeriums berufen wurde — war der Eintritt in eine hohe richterliche Stellung in diesem Falle das Naturgemäße. Wenn das Staatsministerium dem bezüglichen Vorschlage des Justizministers einstimmig beigetreten ist, so mag für manche Mitglieder desselben allerdings wohl die Erwagung, daß auf diese Weise für die bevorstehenden kirchenpolitischen Verhandlungen ein unbequemer Hauptzeuge der preisgegebenen Kirchenpolitik aus dem Abgeordnetenhouse verschwinden, nicht ganz ohne Einfluß gewesen sein.

## Telegraphische Nachrichten.

**Mettmann.** 30. Januar. Bei der für den hiesigen Wahlbezirk vorgenommenen anderweitigen Wahl eines Landtagsabgeordneten wurde Regierungspräsident Tiedemann in Bromberg (freikons.) mit 62 von 118 Stimmen wiedergewählt. Kaufmann Schüler in Dornap (Fortschr.) erhielt 29, Bowinkel hier (freikons.) erhielt 27 Stimmen.

**Wien.** 30. Januar. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Athen gemeldet:

Die Thronrede, mit welcher die neue Kammer eröffnet wurde, hebt die Annahme der modifizirten griechisch-türkischen Grenzlinie hervor unter Anerkennung der von den Mächten zu Gunsten der Interessen Griechenlands aufgebotenen Bemühungen. Weiter spricht die Thronrede die Hoffnung auf eine Beilegung der noch schwelenden türkisch-griechischen Schwierigkeiten aus und empfiehlt endlich der Kammer die Genehmigung außerordentlicher finanzieller und militärischer Maßregeln.

**Paris.** 30. Januar. Das „Journal des Débats“ bestätigt, daß das von Freycinet, Léon Say und Ferry angenommene Finanzprogramm dahin geht: Weder eine Rentenemission, noch eine Konvertirung, noch Ankauf der Eisenbahnen.

**Plymouth.** 30. Januar. Der Hamburger Postdampfer „Silesia“ ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Gewinn-Liste der 4. Klasse 165. kgl. preuß. Klassen-Lotterie.** (Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

(Ohne Gewähr.)

**Berlin.** 30. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

60 (300) 170 85 354 411 (600) 13 518 21 33 44 89 92 (600)

94 614 738 77 805 955 (300) 1033 217 23 29 39 (600) 62 75

312 19 38 99 455 (300) 518 21 46 670 (600) 99 720 33 (300)

96 99 (300) 847 (300) 68 81 963. 2038 84 100 17 22 64 82  
357 407 17 35 53 571 669 777 (3000) 846 (300) 987. 3054  
64 154 235 (600) 320 60 64 454 598 650 729 892 (600)  
960 70. 4038 54 63 77 78 86 (300) 291 305 42 66 67 84 91 427  
99 501 751 808 958. 5026 78 92 191 202 304 26 54 405  
26 528 (600) 645 52 87 720 56 72 842 (300) 93 97 909 76.  
6075 (600) 108 268 339 92 95 (300) 476 502 22 (300) 26 48  
59 82 618 67 714 27 (300) 97 98 823 931 (600) 46. 7006 20  
206 36 318 26 93 436 519 66 (300) 68 619 67 747 813 996.  
8006 29 (600) 104 50 68 69 316 53 438 (300) 51 559 629 65  
66 727 64 98 854 904 (300) 76 77. 9124 221 (1500) 34 81  
393 (300) 435 513 94 692 762 892 904.  
10023 62 65 179 204 14 325 511 653 797 99 (1500) 804  
(600) 96 919. 11008 72 110 230 95 368 411 25 501 2 607  
(600) 28 80 (1500) 95 721 26 37 42 71 81 98 802 19 40 81.  
12001 (1500) 16 60 (300) 68 122 205 (1500) 38 65 81 390 432  
(1500) 64 582 652 (3000) 65 99 727 (300) 43 94 821 50 91 97  
(300) 931 (300). 13136 49 58 230 49 374 99 418 42 533 (300)  
40 41 (300) 70 640 58 59 781 (3000) 940 95. 14008 23 50 117  
79 266 371 457 95 513 76 657 (300) 58 837 41 931. 15042  
66 103 26 (300) 57 219 (600) 20 23 (300) 39 79 (600) 310 81  
503 686 814 52 56 911 26. 16084 (300) 151 278 83 315 77  
431 55 59 61 63 544 64 68 74 722 807 48 (3000) 85 919 (600)  
36. 17110 (300) 11 44 60 219 (300) 82 303 (300) 9 60 92 412  
78 96 99 580 665 81 715 27 45 845 947 70. 18048 52 87  
136 374 54 64 81 95 259 341 (600) 451 509 12 (300) 79 743 83  
818 69 934 46 71 84. 19019 33 96 (600) 120 26 68 (300) 271  
77 305 16 404 14 62 90 93 525 90 (600) 601 (600) 21 31 61  
66 88 89 727 56 85 858 949.

20046 129 91 205 69 327 473 516 707 21 66 68 839 55  
(1500) 75 967 88. 21020 64 (300) 80 130 (300) 64 (600) 219 46  
63 313 537 (1500) 44 51 769 77 814 94 973. 22078 106 17  
73 284 376 429 510 65 (300) 78 (300) 647 921 70 88. 23018  
(1500) 19 (600) 53 94 267 70 392 415 525 (300) 624 (15000)  
87 726 (600) 86 871 909. 24203 (300) 17 36 53 310 494 526  
36 627 62 90 748 80 814 15 38 83 91 920 39 59 89 89 95.  
25157 293 329 (600) 53 (300) 484 (300) 603 708 34 (600) 56  
71 96 825 38 57 96 912 (600) 17 60. 26046 150 66 224 66 75  
386 525 33 50 (600) 735 837 53 958 66. 27000 19 24 108 15  
34 (300) 233 63 300 54 57 422 62 83 530 45 625 795 801  
15 48 49 52 71 916 (1500). 28034 105 (300) 200 79 332 (3000)  
62 81 422 65 83 610 35 (300) 769 852 63 83 98 904 8 14  
(3000) 57 (3000) 97. 29039 41 44 (1500) 113 44 (300) 62 235  
45 (600) 425 29 41 75 519 610 19 46 (600) 50 (300) 67 77 87  
(600) 706 34 81 95 (300) 937 (300) 40 (600).

30062 77 84 92 95 (1500) 98 (600) 103 9 14 60 86 200 306  
(600) 57 485 513 52 614 55 71 78 85 723 (300) 82 820 38 58  
82 (300) 918. 31026 35 112 15 67 85 92 (300) 220 373 458  
503 600 18 61 762 809 900 52 86 95. 32033 (600) 66 132  
250 71 342 82 (1500) 455 64 506 39 78 656 75 88 715 33 (300)  
92 822 79 906 (1500). 33024 (300) 27 36 77 194 232 99 (300)  
358 76 (600) 407 27 (300) 74 80 502 (300) 12 (300) 52 74 79  
605 8 64 (300) 68 69 85 702 (300) 7 78 800 26 912 57 (600).  
34025 37 141 260 68 314 21 30 38 452 73 556 (300) 64 66  
86 (300) 622 (1500) 35 715 29 850 79 978. 35010 (3000) 49  
68 84 112 (600) 37 48 84 93 254 322 489 520 98 (600) 675  
87 799 (600) 823 (300) 43 53 97 960 66 (600) 94. 36067 85  
121 (300) 51 71 210 304 11 (3000) 14 27 (3000) 41 (1500) 47 446  
89 585 96 603 27 43 46 755 90 800 85 (1500) 87 (600) 906 17  
19. 37041 85 99 111 22 52 224 85 365 68 73 (600) 99 410 14  
74 552 634 88 773 83 866 916 (600) 20. 38041 77 120 (300)  
240 46 62 311 55 (3000) 404 47 49 71 77 (600) 80 500 (300) 66  
70 673 99 721 853 959. 39070 (3000) 216 42 89 (300) 351  
(1500) 515 (300) 730 820 46 83 (600) 94 964.  
40019 31 34 99 143 211 (1500) 74 (300) 309 48 55 56 76  
87 91 407 45 76 90 95 531 617 40 44 47 77 98 724 25 (1500)  
46 61 (600) 842 47 927 (300) 52 58. 41061 104 71 (300) 213  
(300) 435 58 82 (300) 96 602 53 78 83 (1500) 862 82 95 910 33  
55. 42015 65 89 95 165 77 205 (600) 72 74 93 416 548 72  
(1500) 82 (1500) 639 737 838 68 (1500) 69 959 85. 43018 114  
59 (600) 63 (300) 237 (6000) 90 (600) 330 31 451 (600) 98 503  
8 (600) 618 38 58 95 96 738 865 (300) 927 65. 44078 113  
(600) 19 48 (3000) 203 333 44 445 72 78 530 (300) 49 620 63  
704 55 809 22 77. 45011 (300) 29 54 64 103 16 78 312 447  
668 80 90 752 63 90 99 855 80 84 (300) 985. 46006 25 (300)  
35 49 183 217 74 (3000) 75 369 92 417 505 10 18 29 50 639  
54 66 68 (300) 701 49 (300) 63 76 (300) 814 (3000) 16 18 31 33  
85 946 (1500). 47131 32 78 84 88 344 79 444 528 46 (300) 63  
605 77 91 874 940 (300). 48045 (1500) 83 123 48 (300) 79 294  
305 54 96 (600) 433 531 664 781 956. 49098 152 95 266  
(300) 89 95 (300) 438 55 (300) 83 516 94 (3000) 644 57 (600) 82  
85 719 43 45 (600) 99 (300) 804 934.

50052 111 31 209 23 33 (1500) 50 65 309 28 99 407 65 90  
519 65 (1500) 92 (600) 682 757 58 862 912 14 95 (3000).  
51060 (600) 186 (600) 283 348 412 536 749 83 867 922 46  
83. 52023 41 72 173 256 64 (1500) 319 (600) 24 (300) 66 459  
554 63 80 694 732 851 79 925 33. 53068 159 81 221 (600)  
84 470 691 (300) 807 12 961 (300) 63. 54042 164 (3000) 217  
48 342 68 410 71 (600) 523 53 99 601 23 (600) 80 743 (3000)  
932 66. 55020 92 (300) 94 176 77 (1500) 243 80 331 410 17  
(300) 48 96 660 (3000) 751 868 88 986. 56037 (300) 76 146  
81 202 (3000) 4 8 11 29 328 92 96 413 41 47 (300) 502 5 (600)  
11 25 76 82 83 641 75 710 (300) 55 68 829 (300) 54 (600) 64  
968. 57059 82 194 210 74 326 78 96 444 506 8 23 735  
(1500) 77 87 728 (300) 31 61 64 90 961. 58006 (3000) 39 108  
20 71 236 68 78 (300) 315 21 26 27 50 411 71 (3000) 572 6

## Produkten-Börse.

Berlin, 30. Januar. Wind: O NO. Wetter: Trübe.  
 Weizen per 1000 Kilo loto 202—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter polnischer — Marl ab Bahn, per Januar-Februar — bezahlt, per Februar-März — M. bez., April-Mai 224½—224½ M. bezahlt, Mai-Juni 224½—225 bezahlt, Juni-Juli 225—225½ bez., Juli-August 218½ bez., Sept.-Oktbr. 214 bez. Gd. Gel. — Str. Regulierungsspreis — Marl. — Roggen per 1000 Kilo loto 176—183 M. nach Qualität gefordert, inländischer 178 bis 180½ a. B. bez., seiner inländischer — Marl ab Bahn bezahlt, hochfeiner — M. ab B. bez., geringer russ. 173 ab B. bez., alter — Marl ab B. bezahlt, russischer und polnischer 176—180 Marl a. B. bezahlt, defekter —, M. ab Bahn bezahlt, per Januar 182—181 M. bezahlt, per Januar-Februar 176½—176 M. bezahlt, per Februar — bezahlt, per April-Mai 171—171½—171½ M. bez., per Mai-Juni 168½—168½ M. bezahlt, per Juni-Juli 166½—166½ M. bezahlt. Gefundigt — Str. Regulierungsspreis — Marl. — Gerste per 1000 Kilo loto 133—200 Marl nach Qualität gefordert. — Däser per 1000 Kilo loto 138—172 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 140 bis 150 M. bezahlt, ost- und westpreußischer 143—156 M. bezahlt, pommischer und Udermärker 143—152 bezahlt, schlesischer 151—157 bez., böhmischer 151—157 M. bezahlt, so fein 160—163 bez., seine meißn-meklenburgischer — ab B. bez., per Januar — M. bez., per April-Mai 144—143½ bez., per Mai-Juni 144½—144 bez., per Juni-Juli 145½—145½ bez. Gefundigt — Bentz. Regulierungsspreis — Marl. — Erbien per 1000 Kilo Kochmaare 170—215 M. Futterwaare 156 bis 164 Marl. — Mais per 1000 Kilo loto 143—153 nach Qualität gefordert, per Januar — Marl, Januar-Februar — M., per April-Mai 140½ Marl, per Mai-Juni 139½ Marl. Gefund. — Str. Regulierungsspreis — M. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto : 32,00 bis

Roggemehl mfl. Sacf 0: 25,75 bis 24,75 Mark, 0/1: 24,25 bis 23,25 M., per Januar 24,25 bez., per Januar-Februar 23,90—23,95 bez., per Februar-März 23,70 bez., per April-Mai 23,55—23,60 bez., per Mai-Juni 23,20 bez., vor Juni-Juli 23,00 bez. Gefündigt 1000 Zent. Regulierungspreis 24,25 Mark. — Delsat ver 1000 Kilo. — Mark. — Winterrappe — M., Winterlubben — Mark. — Rübbi ver 100 Kilo lolo ohne Fas 55,3 M., mit Fas 55,6 M., per Januar 56,8 Mark, per Januar-Februar — Mark, per Februar-März — Mark, per April-Mai 56,2 bezahlt, per Mai-Juni 56,5 Mark, Juni-Juli — bez. Gefündigt — Ztr. Regulierungspr. — M. — Einö 100 Kilo lolo — B. — Petroleum ver 100 Kilo lolo 24,8 Mark, per Januar 24,3 bez., per Januar-Februar 24,0 M. bez., per Februar-März 24,0 M. bezahlt, per April-Mai 24,0 bezahlt, per Mai-Juni —, per September-Oktober 25,0 bezahlt. — Gefündigt — Bentner. Regulierungspreis — Mark. — Spiritus ver 100 Liter lolo ohne Fas 47,6 M. bez., vor Januar 48,3—48,5—48,4 bez., per Januar-Februar 48,3—48,5—48,4 bez., per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 49,4—49,6—49,5 bez., per Mai — bez., per Mai-Juni 49,7—49,8—49,7 bezahlt, per Juni — bez., per Juni-Juli 50,6—50,8—50,7 bez., per Juli-August 51,6—51,8—51,7 bez., per August-September 52,2—52,3 bez. Gefündigt 50,000 Liter. Regulierungspreis 48,4 Mark. (B. B.-3.)

175 M. D., per April - Mai 169, 5-169-169, 5 M. bez., — Mai - Juni 167,5-167 M. bezahlt, per Juni - Juli 164,5 Mark bz.  
Gefer still, per 1000 Kilo loko Brau- 152 bis 158 Mark.  
Futter- 128 bis 138 Mark, geringere — M. Schlesische — Mark.  
— Hafer still, per 1000 Kilo loko inländischer — Mark, Pommerscher 140-149 Mark, Russischer — M. bez., Schwedischer — M. bez., per April - Mai — M. bez., per Mai-Juni — M. Erb und unverändert, per 1000 Kilo loko Koch- 170-176 Mark.  
Futter- 158 bis 165 M. per April-Mai Futter- 157 M. Gd. —  
Raiss ohne Handel. — Winter rüben unverändert, per 1000 Kilo per April - Mai 269 M. nom., per Sept. - Oktober 261 M. bez. — Rüböl geschäftslos, per 100 Kilo loko ohne Fäß bei Kleinigkeiten flüssiges 56,5 M. Br., kurze Lieferung — M. per Januar und per Januar - Februar 55 M. Br., per April-Mai 55,5 Mark Brief, per Mai-Juni — M. — Winter raps per 1000 Kilo — Mark. — Spiritus fest, per 10,000 Liter p.Gt. loko ohne Fäß 46,3 M. bez., mit Fäß — bez., kurze Lieferung, ohne Fäß — M. bezahlt, per Januar 47,2 M. nom., per April-Mai 48,8 bis 49 M. bez. B. und Gd., per Mai - Juni 49,6 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 50,2 M. bez. 50,3 Br. u. Gd., per Juli-August 51 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulierungspreise: Weizen — Roggen 173 M. Rüböl 55 M. Spiritus 47,2 M. Rübsen — M. Petroleum loko 8,1-8,1 M. tr. bez. Regulierungspreis 8,1 M. tr.

(Officer=3ta.)

Stettin, 30. Januar. [An der Börse.] Wetter: Leicht bewölkt. + 2 Gr. R. Barom 28,9. Wind: NO.

Weizen stille, per 1000 Kilo tote gelber inländischer 210  
bis 224 Mark geringer — — Mark bei zweiter 212—226 Mark

bis 224 Mark, geringer — Mari bez., weniger 212—226 Mark,  
per April—Mai und per Mai—Juni 226 M. bez. — Roggen  
unverändert, per 1000 Kilo loko inländischer 167 bis 170 Mark, abge-  
laufene Anmeldungen — M. bez., defekter — M. bez., vor Januar

Berlin, 30. Januar. Trotz der großen Kursdifferenzen, mit welchen dieser Monat schließt, ist doch die Liquidation im großen und ganzen in bewundernswertter Promptheit vor sich gegangen und vollständig frei von Ereignissen geblieben, die den Markt in stärkerer Weise hätten beunruhigen können. Demgemäß übertrug sich die feste Stimmung, welche schon am Sonnabend Platz gegriffen hatte, auch auf die neue Woche. Die von Wien eintreffenden Meldungen ließen erkennen, daß auch an der Donau sich die Stimmung wesentlich beruhigt habe; die heutigen Kursdepeschen meldeten feste Tendenz und steigende Notirungen. Aus Paris lagen neuere Nachrichten nicht vor, wenigstens nicht solche, die die dortige Situation erschwert erscheinen.

## Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin	den 30. Januar 1852.	Pomm. III. rdz. 100	102,50	G
Prenzische Fondt- und Gelde-Course.		Br. C. B. G. Br. v.	99,00	bG
Preuz. Cons. Anl.	4 $\frac{1}{2}$	105,00 bG	110	5 113,50 G
do. neue 1878	4	100,60 bG	do. do.	106,50 bG
Staats-Anleihe	2	100,00 bG	Br. C. B. G. Pidbr. 100	5 105,60 G
Staats-Schuldch.	3 $\frac{1}{2}$	98,90 bG	do. do. rdz. 110	106,50 bG
Ob. Deichs.-Ob.	4 $\frac{1}{2}$	100,10 G	do. (1872 u. 74)	5
Berl. Stadt-Ob.	4 $\frac{1}{2}$	102 G	do. (1872 u. 73)	5
do. do.	3 $\frac{1}{2}$	95,25 bG	do. (1874)	5
Schles. d. B. Kfm.	4 $\frac{1}{2}$		Br. Hyp. R. B. 120	104,25 bG
F sandbriege:			do. II. rdz. 100	100,00 G
Berliner	5	108,50 G	Schles. Bod. Gced.	102,75 G
do.	4 $\frac{1}{2}$	103,80 bG	do. do.	105 80 bG
landsch. Central	5	100,30 G	Stettiner Nat. Hyp.	100,00 G
Kurs. u. Neumarkt.	3 $\frac{1}{2}$	95,25 bG	do. do.	102,50 bG
Kruppische Obligat.			Kruppische Obligat.	109,40 G

#### Worshipful Sons.

merit. gel. 1881	6
do. do. 1885	6
do. Obs. (fundi.)	5
Norweiger Anleihe	4½
Newyork. Std.-Anl.	6
Steierm. Goldrente	4
do. Pap.-Rente	4½
Filber-Rente	4½

lieken. Die Besserung die sich heute in der Haltung des biefigen Börsen-Vorverkehrs zeigte, hatte also so zu sagen eine gewisse Be- rechtigung und kam auch in vielfachen Kurserhöhungen ziffermäßig zum Ausdrud. In den internationalen Speulations-Papieren blieb im Allgemeinen der Umsang der geschäftlichen Unternehmung unbe- bedeutend, die betreffenden Kurse haben wohl Erfahrungen aufzuweisen, indefern zeigte sich doch nur geringfügige Kauflust. Mehr bevorzugt waren dagegen die Aktien der österreichischen Eisenbahnen. Für ein- heimische Eisenbahn-Aktien zeigte sich aber eine sehr günstige Stimmung, und waren Ostpreußen und Marienburger wiederum be- sonders bevorzugt. Auf anderen Gebieten blieb der Verkehr sehr

still. Schluß abgeschwächt auf die Nachricht, daß die Union générale in Paris ihre Zahlungen eingestellt habe. Aus Magdeburg wurde gemeldet, daß die Firma C. B. (Zuckerbranche) fallit geworden sei. Die Passiva werden auf 4,500,000 M. angegeben, von denen 47 Prozent in der Masse liegen sollen. Per Ultimo notiren: Franzosen 507—512—506, Lombarden 208—210—205, Kredit-Altien 494—488, Wiener Bank-Verein 198 Ed., Darmstädter Bank 149,25 bis 150—149,75, Diskonto-Kommandit-Antheile 182—182,10—179,50, Deutsche Bank 147—147,75—146,50, Dortmunder Union 93,50 bis 92—93—91,75—92,25, Laurahütte 114,90—113,60—114.

Rünter-Hamm	2	99,60	G	Oberthiel.	a. 1873	4	
Niederschl. Wärth.	4	100,00	bz	do.	a. 1874	4	102,90 G
Rhein. St. A. abg.	6	160,90	bz		Brieg-Reiffe	4	
do. neue 4 proc.	5	158,90	G	do.	bei Oberb.	4	
do. Lit. B. abg.	4	100,00	bz	do.	Wied.-Wisch.	2	90,50 G

Digitized by srujanika@gmail.com

### Obligationen

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20

do.	do.	III	1	101,50	G	Königl. Preußische Preisnotizen.
Berlin-Anhalt A.	4					Elizabet.-Westbahnhof 5
do.	B.	4				Sal. Karls-Budapester B. 4½
do.	Litt. C.	4	102,75	bzG		do. do. II. 5
Berlin-Görlitz	4	102,10	G			do. do. III. 5
do.	do.	Litt. B.	4	101,90	bz	do. do. IV.
Berlin-Hamburg	I	4	99,90	G		Lemberg-Szczecinow. I. 5
do.	do.	II	4	99,90	G	do. II. 5
do.	do.	III	4	102,80	bz	do. III. 5
Preuß.-Stab.-R. A. B.	4					do. IV. 5
do.	do.	C.	4	100,10	G	Mähr.-Schl. G. B.
do.	do.	D.	4	103,25	bzG	Desterr.-Frz.-Stab.
do.	do.	E.	4	102,50	G	do. Ergänzst.
Berlin-Stettin	I	4				Desterr.-Frz.-Stab.
do.	do.	II	4	100,25	bz	do. II. Ex.
do.	do.	III	4	100,25	bz	Desterr. Nordwest.
do.	IV.	v. St.	5	100,25	bz	Dest. Kursmth. Lit. B.
do.	VL	do.	4			do. Gelde-Priorit.
do.	VII.		4			Rathau-Doero. gat.
Preuß.-Schw.-West.	4					Kronpr. Rud.-Bahn
do.	do.	Litt. G.	4			do. do. 1869
do.	do.	Litt. H.	4	102,10	bz	do. do. 1872
do.	do.	Litt. I.	4	102,10	bz	Rab.-Graz. Pr.-L.
do.	do.	1876	5	104,80	bz	Reichenh.-Baruths.
do.	do.	XV.	4	102,10	G	5

中華書局影印

Brauerei Pagenbosch	4	Südosterr. (Kremb.)	4
Dannenb. Kattun.	4	Turnau-Breg.	4
Deutsche Bäugei.	4	Warschau-Wien	4
Dtich. Eisenb.-Ban.	4		
Dr. von Stansis u. Cui.	2		
Donnerkugelhütte	2	Eisenbahnh. Eisenbahnverflechtungen.	
Dortmund-Union	4	58,50 bzB	
Dortmund-Union	4	Berlin-Dresden	5
		Dresden	5
		58,00 bzG	
		58,00 bzG	

Digitized by srujanika@gmail.com

Deutsche Bauden.		58,50	bzG	
Dtsch. Eisenb.-Bau				
Vorw. Spani. u. Eis.				
Donnersmardhütte	2	58,00	bz	G
Dortmunder Union	1	14,50	bz	B
Egels Mäich.-Akt.	4	26,90	bz	
Friedmanns Spinn.	1	36,25	bz	G
Kroft. Charlottenb.				
Krist. u. Rosm. Röh.	4	78,25	bz	
Gelsenkirch.-Bergw.	1	126,75	bz	
Georg.-Marienbütte	4	91,00	bz	G
Hibernia u. Shamr.	1	85,50	bz	G
Innobilien (Berl.)		80,00	G	
Immofla, Leimen.-F.	4	94,25	bz	
Laudhammer	4	28,60	G	
Laurahütte				
Luisa Tiehs.-Bergw.		114,25	bz	
Magdeburg.-Bergw.		40,00	bz	B
Marienbütte-Bergw.				
Menden u. Schö. B.		51,50	bz	G
Oberschl. Eis.-Bud.		69,00	bz	
Opend		40,80	bz	
Phönix B.-A. Lit.	4	83,25	bz	
Phönix B.-A. Lit. E.	2	36,00	bz	G
Reichenbütte coni.	4			
Rhein.-Raff.-Bergw.	4			
Röbin.-Weiss. Ind.	4	68,00	B	
Siebmacher Lamina	4			
Unter den Linden	4	21,25	bz	G
Würtz.-Pfeiffer	4	13,00	bz	B
		19,00	bz	G
Eisenbahn : Stammverbindungen.				
Berlin-Dresden	5	39,00	bz	G
Berlin-Görlitzer	5	95,50	bz	G
Bitterfeld-Sorau-Gub.	5	81,00	bz	G
Kärtisch.-Posen	5	113,50	bz	G
Kuriens.-Mlawic	5	102,40	bz	
Künster.-Enschede	5	17,50	bz	G
Nordhausen-Erfurt	5	94,25	ba	
Overlaatzer	5	52,90	B	
Oels.-Greifsw.	5	52,60	bz	G
Ostpreuß. Südbahn	5	96,00	bz	
Posen-Grenzburg	5	69,90	bz	
Rechte Oderfl. Bahn	5	166,00	bz	G
Rumänische	5			
See-bahn				66,60 G
Soal.-Unstrutbahn	3			
Tilsit.-Insterburg	5			
Wermar.-Werder	5	35,75	bz	G
Stratfahnen : Sitten.				
Bri.-Botab.-Magd.	1			
Berlin-Stettin	4	116,40	bz	
Cöln-Minden	6			
E. - Halberstadt	3	87,75	G	
Magd.-Halbfl. B.-u.-B.	4	87,75	G	
dg. E. unebg.	3	87,75	G	
dg. C. abo. nbo.	5	124,80	G	

卷之三十一